

Kampfbogen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelheft 20 Pfennig, wochentlich 1 Mark, monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark, halbjährlich 22 Mark, jährlich 40 Mark. Druck und Vertrieb durch die K. P. D. Halle-Merseburg, Köpcke-Verlagsgesellschaft, Halle, Vertriebsstelle: 14. April 1923, 1923. Schriftleitung: Eisenach 12-1 u. 4-10 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 180 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 700 M. für 4 Zeilen, anfallend an den entsprechenden Leseblättern. Anzeigen bis zum 1. April 1923. Kontakt: Komm. u. Unt. u. Vertriebsamt, Halle. Post-Konto: 1068 83. Fern-Nr. Halle.

Einzelpreis 180 Mark

Montag, den 9. April 1923

3. Jahrgang, Nr. 82

Die Orgesch diktiert, Seevering pariert!

Die „Rote Fahne“ samt Kopfblättern 14 Tage verboten

Wort gehalten!

Ein Nachwort zum 7. Reichskongress der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Von Walter Schulz

Seit einem Vierteljahr leidet die revolutionäre Jugend im besetzten Gebiet in enger Verbindung mit dem französischen Jugendverband, allen Gefahren und allen Rückschlägen zum Trotz, eine von Erfolgen gekrönte Tätigkeit unter den Diffusionsstruppen. Während der Woche vom 11. bis 18. März hat dann der gelante Jugendverband eine antimilitaristische und antifaschistische Kampfwache durchgeführt, die in allen Teilen des Reiches ein voller Erfolg gewesen ist, was sogar die Herrschaften im Reichswehrministerium mit einem — allerdings etwas verärgerten — Mobilisationsbefehl an alle Spindel attestierten.

So war es kein Wunder, daß der Übertragung der KPD in Chemnitz ein reges Interesse entgegengebracht wurde und es sogar zu Meinungsäußerungen aus führenden Parteikreisen kam, in denen die Aufgaben und die Bedeutung des Kongresses in klarer und prägnanter Weise gekennzeichnet waren:

Fortführung der antimilitaristischen Propaganda, verstärkte Fortführung des wirtschaftlichen Kampfes für die arbeitende Jugend.

Die Aufmerksamkeiten richtete sich außerdem auf einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte des Kongresses: Die Reorganisation des Kommunistischen Jugendverbandes auf der Grundlage der 3. Triebstellen.

Der Kongress ist vorüber; seine Ergebnisse können überblickt werden. Und es ist nicht zuviel gesagt, wenn die Feststellung gemacht wird, daß das Gelingen wurde, was vorgesehen worden ist. Selten ist ein Kongress vom Anfang bis zum Ende auf einer solchen Höhe des Reizums durchgeführt worden, wie diese Chemnitzer Tagung. Die im Verhältnis an das politische Material geführte Diskussion, die fast vollkommen zu einer parteilichsten Auseinandersetzung wurde, zeigte, daß innerhalb der Jugendorganisation die sogenannte „linke“ Opposition einen verhältnismäßig geringen Einfluß gewonnen hat. Die Sachlichkeit, mit der die bestehenden Differenzen ausgetragen wurden, erleichterten der großen Mehrheit der Delegierten das unbefangene Urteil über die politischen Vorkämpfer der Berliner Richtung, die in einer Resolution folgendermaßen formuliert wurden:

„Die Schwäche der Partei äußert sich besonders in der Frage der Ruhrbesetzung und der Bildung der sächsischen Regierung. In der Zeit der Ruhrbesetzung hat die Partei nicht verstanden, durch Befolgung fortgesetzter Forderungen, die auf die Kontrolle der Produktion und die Erfüllung der Sachverhalte durch die Arbeitermächte hinzielen und eine breite Massenbewegung ins Leben rufen. Der Einwand, die Aktion könnte „isoliert“ werden, kann gegen jede, selbst die größte Aktion gebracht werden.“

In Sachen hat die Partei eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen beschlossen. Diese Politik bedeutet nicht ein Weiterziehen der Forderung der KPD, sondern eine Aufhaltung dieses Zerlegungsprozesses. Die Unterfütterung ist theoretisch und praktisch das Gleiche wie der Eintritt eines Kabinetts in dieses Kabinett.

Die KPD muß anstatt die sozialdemokratische Regierung zu unterstützen, konsequent die Taktik der Mobilisierung der Massen mit der Partei der Arbeiter-Regierung verfolgen und eine energische Propaganda betreiben für eine sich auf die Massenbewegung des Proletariats stützende Arbeiter-Regierung, die unmöglich ist, im Rahmen und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie.“

Bemerkenswert ist die einhellige Zurückweisung dieser Gebankengänge durch die gelang-zweifelnde Delegation, die die Theoretiker aus Berlin freundlicher zu einer Studienreise nach Eisen einlud. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der oppositionellen Resolution, die nur 11 Stimmen von 148 Stimmberechtigten Vertretern erhielt.

Nach der lebhaften politischen Debatte begann der Kongress sich ausgiebig mit den Fragen der Arbeit unterer Jugendmassen zu beschäftigen.

Der Behandlung des wirtschaftlichen und des antimilitaristischen Kampfes ging ein Referat über die Lage des Verbandes und die zünftigen Aufgaben voraus, eine ausgezeichnete Skizze der sozialen Struktur der Organisation und der in der vorhandenen kleinbürgerlichen Tendenzen Klärungen der freibühnen-sozialdemokratisch-anarchistischen Jugendbewegung, Satire und Spott wurden zu scharfen Waffen gegen die Auswüchse und Detabery-erscheinungen, die, wenn auch nicht überdrüssig, Eingang in die KPD gefunden hatten. Der Ausmerzungsprozess, der schon eine gewisse Zeit mit gutem Erfolg systematisch gefördert wird, hat durch die Kongressverhandlungen eine große Befestigung erfahren. Es ist zu hoffen, daß die Schwächlingspenne und Karikaturen proletarischer Jugendarbeit auf immer verdrängt werden. — Nicht etwa bedrückt oder gar zerstückelt wurde eine Aktion über das formale Kommunismus entgegenkommen, und es ist nicht zweifelhaft, daß nach dieser Richtung hin eine unumwandelnde Tendenz

Berlin, 7. April. **Antlich wird gemeldet:** Gemäß §§ 21, 17 in Verbindung mit § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik hat der Polizeipräsident von Berlin die „Rote Fahne“ mit ihrem Montagblatt und gleichzeitig auch die im Verlag der „Roten Fahne“ erscheinenden Kopfblätter: die „Rote Fahne für Brandenburg und die Provinz“, die in Königsberg verbreitete „Rote Fahne des Westens“ und des in Merseburg, Chemnitz, Bitterfeld und Schöneberg erscheinende „Wolfsrösch“ für die Zeit vom 8. bis 21. April verboten.

Gründe:

„Die „Rote Fahne“ und ihr Montagblatt haben in letzter Zeit fortgesetzt die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung belächelt und verunglimpft. So ist u. a. behauptet worden, die Landesregierung „mache Theater“ (Nr. 70), bereite den Kampf gegen das schändliche Protektariat mit „faschistischen Plänen“ vor (Nr. 74) und befindet sich erwerder in „sozialistischer“ oder ihre Redensarten seien nur „als bunte Dampf gemischt“ (Nr. 73). Es gehe „vom Rücken der Unsozialisten jetzt auch das noch verloren, womit sie der Anklage der Korruption noch immer begehren konnte, die Gefolge ihrer finanziellen Ziele“; sie werde bald „dunkeln Hügeln wie ein gealterter Berg“ (Montagsblatt Nr. 14). Der Reichsminister Cuno und Reichsminister Lehmann seien „seinerzeit Schergenbüchse“ (Nr. 66). Ferner wird der Reichsminister Cuno in Nr. 62 mit „Steuerdrückern“, „anklingelnden Besessenen“ und mit „hiedrigen Betriedemüßern“ auf eine Stufe gestellt. In Nr. 71 heißt es: „Cuno langst nach der Welle der Schmersindustrie der Banken und der Banken“. In ähnlicher Weise wird Reichsminister Dr. Luther der „Erziehungsmittler der Tauter“ genannt (Nr. 70). Beschimpfend und verunglimpfend sind auch die Angriffe gegen den preussischen Minister des Innern, wie sie sich besonders in dem Aufsatz „Seeverings blutige Mären“ (Nr. 78) finden. An anderen Stellen wird gesagt, daß der bayerische Herr Seevering, dessen „Häufchen“ als Schlichter der Revolution allmählich „repariert“ ist (Nr. 70), „als Gemischt“ von 1921 mit „faschistischer Berechnung propagiert“ habe (Montagsnummer 12), daß er bei seiner „Invasion des Sächsischen Gebietes“ ebensowenig Rücksicht auf die Wohnungen nehme, wie die Napoleon in „Inhaber“ (Nr. 75), daß er „in der Untergrabung der Sicherheit der deutschen Arbeiter“ (Nr. 73), und daß seine „ganze Kampagne gegen die sächsischen Arbeiter nur ein Aufzug“ sei. (Nr. 70). Alle diese Beschimpfungen und Verunglimpfungen richten sich nicht lediglich gegen die Personen der angegriffenen Minister, sondern nach der ganzen Sachlage kann kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die fortgesetzten persönlichen Angriffe gleich auch die gegenwärtige republikanische Staatsform getroffen werden soll, unter welcher den betreffenden Ministern die Staatsleitung anvertraut ist. (Vgl. die Entwürfen des Staatsgerichtshofes vom 19. 9. 1922 — S. 305 und 312, S. 22). Dies läßt sich schon daraus erkennen, daß die „Rote Fahne“ und ihr Montagblatt fortgesetzt die deutsche Republik als solche beschimpfen; ferner daraus, daß in der „Roten Fahne“ fortgesetzt zur Beschimpfung der gegenwärtigen Regierung und zu deren Ergreifung durch die revolutionäre Arbeiter-Regierung sowie zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufgefordert wird. Wegen der Angriffe auf die Republik als solche ist vor allem hinzuweisen auf den Aufsatz von Friedrich: „Was wir der Revolution zahlen“ (Montagsblatt Nr. 13) und auf einzelne Bemerkungen, wie zum Beispiel auf die in Nr. 65 enthaltene, in welcher der Regierung nachgesagt wird, „sie sei unfähig, die staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu sichern“, sie lebe „als Unrechts-Kolonie“. Was die Aufforderungen zum Beitritt der republikanischen Regierung und zum Errichten der Arbeiterdiktatur betrifft, so finden sich solche Aufforderungen u. a. in Nr. 78 und an mehreren Stellen der Nr. 68 und 74 der „Roten Fahne“.

Die Begründung des Verbots der „Roten Fahne“ und aller ihrer Kopfblätter ist eine Verunglimpfung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter, der als getreuer Adhäs des Herrn Seevering den Kampf des preussischen Innenministeriums gegen die sächsischen Widerorganisationen trefflich unterstützte im ganzen Reich, wird dem preussischen Polizeipräsidenten sowie allen sozialdemokratischen Innungen öffentlich ihren vollkommen aufrichtigen Dank für die ausgesetzte Arbeit bescheinigt abschätzen haben, die die Begründung des Verbots für die kommunistische Presse und die kommunistische Partei darstellt. Im nachfolgenden Romme haben die Verfasser und die Verantwortlichen dieser Verbeleidigung auf Grund eines fleißigen Studiums aller im Verlaufe der letzten 14 Tage erschienenen Nummern der „Roten Fahne“ die Regierung Cuno, den Reichsregierungsmittler Dr. Luther, den preussischen Innenminister Seevering und die bürgerliche Republik überhaupt zu lenzungen verurteilt. Damit haben die geschätzten Herren Verfasser des Schriftstückes für jeden Arbeiter eine wirklich ausgesprochen Arbeit dafür geleistet, wie es mit der in der dementsprechenden aller Verurteilungen“ garantieren Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild in der deutschen Republik besteht ist und gleichzeitig eine unzulässige Begründung für die Verletzung der Regierung Cuno und ihre Ergreifung durch eine Arbeiter-Regierung gegeben.

Das Verbot der „Roten Fahne“ leitet die von der nationalsozialistischen Bourgeoisie geforderte brutale Unterdrückung der Kommunistischen Partei und ihrer Presse ein. Als der preussische Innenminister, der Herr Seevering, im Landtage sagte, wie die sozialdemokratische Presse sagte, „von staatsmännlicher Weisheit und Klugheit“ zeugende Rede gegen die unheimlichen Umtriebe der Hochschulisten und ihrer politischen Vertretung, der „Deutschsächsischen Freiheitspartei“, hielt, schrieben wir: „Seevering schlägt den sächsischen Land und stützt den proletarischen Welt“. Herr Seevering konnte das Einverständnis zu seinem Vorgehen gegen die Hochschulisten und dem Verbot der „Deutschsächsischen Freiheitspartei“ von seinen Koalitionsgenossen in der preussischen Regierung, den Ministern der Innenpartei, des Justizministeriums und der Demokraten nur unter der Bedingung erhalten, daß er als „objektive Weisheit gegen alle Minderheiten im Staate vorgehe, ganz gleich, welchen Wandel sie sich umhängen“. Herr Seevering hat, wie alle mit der Bourgeoisie auf Gleich und Verberd verbundenen Führer, nach immer Verständnis gehabt für alle „Staatsnotwendigkeiten“ im Interesse der Bourgeoisie, und die bürgerlichen Koalitionspartner waren einhellig geneigt zu verstehen, daß ein Minister der Sozialdemokratie, der besten Stelle des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der Warte des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion bedarf, um so energischer die Monarchie zu unterdrücken, den das revolutionäre Proletariat gegen seine brutalen kapitalistischen Ausbeuter und ihre die republikanische Staatsform benennenden faschistischen Strumtruppen führt.

Mit dem Scheitern Seeverings gegen die monarchistische Reaktion hat zugleich die verhasste Hege gegen die Kommunisten eingeleitet, die die „nationale Abwehrfront“ an der Ruhr“ in der Bourgeoisie unbenommen Weise dem Proletariat als das lenzennete, was sie ist: als die spanische Wunde, hinter der das kapitalistische Ausbeuter- und Schiebergeland in Deutschland das Ruhrintermesse bedient, um einerseits ihre Profite ins Unbegrenzte zu steigern und andererseits den französischen Imperialismus gegen sich zu stellen, um dann ein so besseres Geschäft auf Kosten der deutschen und französischen Arbeiter abzuschließen. Nachdem Herr Seevering den monarchistischen Ministerführern einen Luftschiff verabschiedet hatte, konnte das Selbstleben gegen die Kommunisten sofort beginnen. Seevering schickte seine Gardien ins Sächsisches Industriegebiet, um dort den proletarischen Selbstschutz gegen den Cuno-Kapern drohenden Anmarsch der Polizisten zu zerlegen. Einige Woche begann die große Aktion gegen die „Rote Fahne“. Man besetzte eines Morgens sämtliche Redaktions- und Geschäftsräume, um „nach nicht gemeldete Personen“, soll heißen „ausländische Agenten“, zu fassen. Anzusehen sind die Dinge an der Ruhr recht geworden zur Verhängung mit dem Ergebnis. Es müssen schärfste die Voraussetzungen für die Errichtung der neuen kapitalistischen Diktatur geschaffen werden, unter der allein die verhasste Ausbeutung des Proletariats erfolgen kann. Der Militarismus Kolonates propagiert, deshalb durch den Arbeiter- und die Arbeiter-Regierung, und auf der gleichen Linie liegt das Verbot der kommunistischen Presse durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Richter. Die „unveränderlichen Verbände“ der Bourgeoisie verlangen die Auflösung der Kommunistischen Partei, um „eine Steigerung der Arbeit durch Einführung eines österreichischen Fünf-Stunden-Tages“ einführen zu können. Seevering und seine Helfer parieren Order und verbieten die kommunistische Presse. Es soll das Proletariat propagiert werden, um eine Handhabung zu einem Verbot der Kommunistischen Partei zu finden.

Herr Seevering irrt sich. Das Proletariat nimmt zwar den Kampf auf, aber es läßt sich nicht provozieren. Der von Seevering und Richter verfertigte Auszug aus einer ganzen Reihe der Nummern der „Roten Fahne“, der durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse in die indifferenten Massen geschleudert wird, mag nicht nur die Leiter der kommunistischen Presse zum Kampf gegen das Verbot der „Roten Fahne“ herausfordern, sondern auch das Bedürfnis der sozialdemokratischen und der parteilich nach indifferenten Arbeitergesellschaft nach kommunistischer Aufführung steigern. Die Kommunisten nationalistische Hege gegen die Kommunisten, das Verbot der „Roten Fahne“ sind die trefflichsten Beweise dafür, daß die Kommunisten auf dem richtigen Wege sind. Begibt Euch unter die Führung der Kommunisten! Marschieret auf in unruhigen Massenemonstrationen gegen die Anhebung Cuno's Presse und ergewint die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ und ihrer Kopfblätter. Kampf unter dem strengen roten Banner der 3. Internationale bis zum Siege des Proletariats in der Weltrevolution! nische Partei ruft ihnen zu:

Schiffstrecke in De Haave. Da stehen Matrosen des Passagierdampfers „Rance“ wegen Nichtzahlung der Kommunisten Lohn abgabe gemacht wurden, hat die Schiffsmannschaft die Arbeit niedergelegt, so daß der Dampfer nicht ausreisen kann.

Generallist gegen den Kolonialismus. Die Delegierten der englischen Eisenbahnergewerkschaft beschließen, im Falle die Gesellschaften die geplante Lohnherabsetzung verwirklichen sollten, in den Generalstreik zu treten.

zung der Auffassungen vor sich gehen und der Geist des kollektiven Arbeitens innerhalb und mit der Organisation vorberufen wird.

Die Betrachtung der sozialen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung ergibt als Resultat eine verhältnismäßig geringfügige Zahl von Mitgliedern, die in Groß- und Mittelbetrieben arbeiten. Der überwiegende Einfluß der Jugend aus Kleinbetrieben, der Verfertigung, Kopfarbeiter und eines größeren Prozentsanges von Wädern, die wieder nicht zur Hauptzahl in Fabriken schaffen, hat erst den Boden für die oben gekennzeichneten Tendenzen geschaffen. Es weicht es gelingt diesen unartikulierten Äußerungen durch Einführung breiterer Schichten der proletarischen Jugend aus der Grundtendenz auf den angemessenen Grad zurückzuführen, desto gefährlicher wird die Bewegung und proletarischer wird die Organisation. So schafft ein solches Verhältnis mit diesen Jugendmassen in der Industrie. Das ist der leitende Gedanke, der zu dem Schluß führt, daß von Jellen in jedem Betrieb aus dem Einfluß auf die arbeitende Jugend zu verfahren und so den Weg freizumachen, der bei bisher indifferenten Jugend erlaubt, ohne Formeln, nicht durch literarische Manieren gebremmt, der kommunistischen Jugendorganisation zu folgen und beizutreten. Die einstimmige prinzipielle Zustimmung zu diesem Schluß ist ein günstiges Zeichen für die kommende Zeit. Praktischen Bedeutung, mit mehr oder minder großer Bedeutung vorgebracht, wurde die Spitze durch den Austausch der praktischen Erfahrungen aus einigen Bezirken genommen.

Die Erörterungen über den Kampf für die Rettung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend waren sehr lebhaft und zeugen von einem ersten Willen, die diesen ökonomischen Fragen immer von neuem den Hebel zur Aufklärung anzulegen. Eine große Bedeutung verdienen die Gegenüberstellungen des Kongresses in dem letzten Herbst 1911 gegenüber, das augenblicklich in einer Kommission des vorläufigen Reichspräsidenten zum Landvolksrat gebildet und das als ein föderativer Rat zur Welt kommen wird. Vor allem sind die Gewerkschafts-Organisationen und die Parlaments- sowie Kommunal-Vertreter, die auf der Grundlage des Gegenwärtigen den Kampf der kommunistischen Jugend unterstützen müssen.

Bekämpfung und Verdrängung wird der Kampf gegen den bürokratischen Militarismus und die Reaktion erfahren. Die Parteien, die zur Arbeit auf diesem Gebiet ausgehen wurden, erfahren immer wieder — die Fragen tauchen ständig, bei jedem Tagesordnungspunkte neu neuem auf — begleitete und einseitige Zustimmung. Einer Klärung bedürfte es in der Frage der proletarischen Bundesratsstellen. Die Auffassung, daß besondere Jugend-Bundesratsstellen geschaffen werden könnten, müßte mit aller Energie als eine politische Forderung und auch vom Standpunkt der Klassen-Strategie her eine Forderung zurückgestellt werden. Es kann nichts weiter gehen, als die Einwirkung der Jugendlichen in die Bundesratsstellen der Gewerkschaften.

Der nächste Anstoß der Jugend wäre damit kurz fixiert. Eine erhebliche Wiedigung ist es noch lange nicht. Nach diesem Kongreß ist es unmöglich, um eines bei der Betrachtung heranzufassen: um die Wiedigung nach seinem Einbruch. Bei der sozialdemokratischen Jugend lautet seit Jahr und Tag der Geist von Weimar. Demals haben die Reformisten mit Tanz, Gesang, Spiel und freudigen Wägen die große Verdrängung ihrer Bewegung, die Förderung des antirealistischen Geistes und antimilitärischer, feindlicher „Grundzüge“ eingeleitet. Trotz des Jähzorns, der nach Weimar in die Reihen der sozialdemokratischen Jugend einfließt, der gerade deswegen, ist heute die Organisation politisch paralysiert.

Während die wähernden Flügel der Weimarjünger bei ihrem Fluge zur Sonne zum Ziel“ gefolgt sind, wird die kommunistische Jugend jetzt, nachdem sie in Chemnitz die realen Kampfmöglichkeiten abgeklärt und ihr Kampffeld bestimmt hat, einen Marsch antreten, der zum Ziele führt, weil sein Weg erkannt und in der Wirklichkeit liegt.

Auf dem Kongreß ist Wort gehalten worden — jetzt darf es nie und nimmer getrocknet werden.

Nachvolle Protestkundgebung des Berliner Proletariats

(Eigene Drahtmeldung) Berlin, 8. April.

Die Protestkundgebung des Berliner Proletariats gegen das Verbot der „Roten Fahne“ gestaltete sich zu einer massiven Demonstration gegen die Anhebung der kommunikativen Zölle. In überfüllter Saale der Königsplatz-Krauerer nahmen die geborgene Arbeitermassen ein Komitee der Genossen Rauh und Pflaß entgegen. Ausgehend von der Arbeitervertreterlichen Kommission des Sozialdemokratischen Seering, die mit ununterbrochenen Zurufen aus der Versammlung kommentiert wurde, ging es dazu über, die antiproletarische Politik der SPD, kurz aber schärfstens zu kritisieren. Bei der Analyse der Gründe des Verbots der „Roten Fahne“ bezog die Arbeiterpolitik Berlins, das bei voll und ganz mit der Politik der „Roten Fahne“ einverstanden ist. Zahllose Zuschauer traten aus der Menge hervor, die die Arbeiterpolitik Berlins nicht nur scharf und einschneidend, sondern als die Arbeiterpolitik der Zeitung erlaubt, gegen eine solche Propagandapolitik wie sie die Regierung und alle ihre Helfershelfer betreiben, den Kampf aufnehmen und schärfstens fortzuführen gewillt ist. Die Proletarier Berlins erkennen an, daß die „Rote Fahne“ tatsächlich das einzige Klassenbewußte Arbeiterblatt ist, und daß das Verbot der Zeitung eine Propaganda der proletarischen Arbeiterklasse darstellt, damit sie nicht erlöste, wie die Verhandlungsposition der deutschen und französischen Bourgeoisie sich vorbereitet und reif ist, zum Nutzen des Bürgertums und zum Schaden des Proletariats vollzogen zu werden. Es ist in eine Konsequenz zu stellen das Klammern der Ermordung der Kapparbeiter und das Verbot der „Roten Fahne“. Das Proletariat will sich nicht länger verurteilen lassen von einer für ein Stetien befindlichen Bourgeoisie. Es wird sich absolut, energisch und einseitig das Erbe dieser schmarozenden Ausbeuterpolitik erlangen. Das Proletariat wird sich nicht davon abhalten lassen von entmannten Sozialdemokraten und sich unter die erprobte Führung der 3. Internationale stellen, um den Entschuldigungsakt zwischen Kapital und Arbeit aufzunehmen, der sich schon anfangs in ArbeitslosenDemonstrationen in England, Anhebung der Christoffler usw. Dieser letzten Auseinandersetzung geht das Proletariat entgegen, in dem es sich mit seiner eigenen Bourgeoisie auftrumpft. Darin läßt es sich nicht durch das Verbot der kommunistischen Presse breiten und einschüchtern. Das Proletariat sieht vielmehr das Verbot der „Roten Fahne“ als einen Kampfschritt an, der sich nicht ein und gelassen den Klassenkampf gegen den Marxismus der Cuno und seine Genossen bis zum Regieren Ende der Weltrevolution hindert. Diesem Klassenkampf in dem begleitete aufgenommenen Kampf auf die Weltrevolution und mit dem mit mutigen Trotz gelangenen „Internationale“ kraftvoll zum Ausdruck.

Proletarische Resolution der Berliner Arbeiter gegen das Verbot der „Roten Fahne“

In einer überfüllten Versammlung in der „Krauerer Königsplatz“ haben die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins allerhöchsten Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne“ und ihrer Ausfühler. Dieses Verbot ist eine ungeschwehete Propaganda der Arbeiterklasse. Die völlig unbedeutend und wirkungslos Ausgestaltung des besten Zeils der Arbeiterpresse bedeutet in seiner Auswirkung eine Stärkung des Faschismus. Die Anweisungen geteilt, mit ver-

stärkter Kraft zu kämpfen gegen die Reaktion und die Anhebung der kommunikativen Zölle und verlangen vom Berliner Volkspräsidenten, das Kantabische Verbot sofort rückgängig zu machen.

Kretobilstränen des Berliner „Vorwärts“

Der Berliner „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, schreibt zum Verbot der „Roten Fahne“: „Die in der Begründung registrierten „Defizite“ mögen zur Not ein formaljuristisches Berechtigung dieses Verbotes auf Grund des „Geheims zum Schutz der Republik“ erweisen, wenigstens die Sprache der „Roten Fahne“ in der letzten Zeit ersichtlich abgemildert, um mindestens die Haltung der Zentrale der SPD in der Frage der Nachbesehung durchaus einmündig zu machen. Und jetzt, was ist die „Rote Fahne“ an Stillübungen leidet, in gar keinem Verhältnis zu den Beschlüssen, die in der deutsch-pöhlischen Presse an der Tagesordnung sind, ohne daß es in Bremen irgend jemand Anstalten, deren Sprachrohr sie ist, zu reiben zu rufen. Es kann doch nichts dazwischen liegen, daß das Verbot offiziell auf Grund des künftigen Drängens der reaktionären und parteipolitischen Presse erfolgte, und daß die Begründung ad hoc zusammengestellt wurde. Das Vorgehen gegen das kommunistische Zentralorgan ist auch politisch nicht klug.“

Es hat dem „Vorwärts“ erstlich gemaltige Anstrengungen gefolgt, diese Kretobilstränen herauszupressen. Aber was wollte er machen? Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Richter, hat die „Rote Fahne“ verboten. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Seering ist der Vorgesetzte von Richter. Der „Vorwärts“ hat recht, nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß diese beiden Sozialdemokraten unter dem Drängen der reaktionären Presse handelten. Da muß der „Vorwärts“ schon erfassen der Ermüdung der Gesamtarbeiterkraft wegen wohl oberhalb von dem Verbot abdrücken, gleichzeitig macht er damit den verzweifeltsten Versuch, seine Parteigenossen zu einschüchtern. Aber indem er sie einschüchtern, klagt er vor der Arbeiterkraft so scharf an, wie es die verbotene „Rote Fahne“ nicht hätte scharfer tun können. Seering und Richter lassen sich von der reaktionären Presse dazu drängen, Arbeiterkämpfer zu verlieren. Die wichtige Anklage des Berliner „Vorwärts“ gegen die Sozialdemokraten Seering, Richter und Genossen muß nicht nur die Kommunisten, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter bis zum letzten Mann auf den Plan rufen. So kann es nicht weiter gehen! Den Nachbereitern des Faschismus, den arbeitgemeinschaftlichen reformistischen Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften muß die Arbeiterkraft einig und geschlossen in den Arm fallen.

Die Faschisten pfeifen auf das Verbot Severings

Mit offener Ehrhardt-Fahne durch Halle

Die Faschisten sind tot; Seering hat sie verboten. Gerade meonen des Verbotes sind sie ruhiger den je. Offen rüsten sie an allen Ecken der deutschen Republik zum Sturze dieser Republik. Sie pfeifen auf das Verbot Severings.

Der holländische Polizeipräsident hat den Stahlhelm bei der Wänder-Verdammung kein patriotisches Wohnlohn genügt. Dafür tritt nun die Organisation zur Sammlung aller Wänderführer besser auf.

In großen Aufzügen stellt sich der Stahlhelm als unerschütterliches Gähnen hin und gibt an, seine anderen Verbote als den Schutz der Cuno-Regierung zu haben. Die Faschisten brauchen diese Verbote, um ein Sammelplatz für die ununterschiedlichen Elemente zu haben.

Der Stahlhelm entfaltet eine intensive Tätigkeit als je zuvor. Am Sonntag wurden in allen Teilen der Gegend die Fahnen in Kirchen, Rathhäusern, die mit drei Wäntzen der Rittergüter, Höfen und Gassen, teilweise gleichmäßig uniformiert und mit dem Stahlhelm auf dem Kopfe, mit schweren Säulen bewaffnet, unter Führung von vier Ehrhardt-Fahnen zu einer Übung nach Rößbach, man nannte sie Fahnenwechse, führten.

Gegen 7 Uhr führte das Auto mit dem Anführer und ein anderes Auto, die sich aus dem Auto in der Gegend, über dem Himmel der Halle zurück, in der Nähe des Wäntzen bei Ammendorf fielen mehrere Schüsse. Ein Auto wurde in der Gegend, Elsterthal“ in Ammendorf halt, während das andere nach Halle weiterfuhr. Drei Uhr das Auto mit entrollter Wäntzenfahne an der Artillerielehrer vorbei.

Dieser militärische Umzug zeigt, daß der Stahlhelm nicht die harmlose Vereinigung ist, als die er sich ausgibt. Diese „Fahnenwechse“ ist kein Spiel, denn überall rufen die Faschisten, inner Ehrhardt, die Arbeiterklasse der Arbeiterzeitung, kann folgende erbauende Tätigkeit mitteilen.

Nach einer Zufahrt aus Schupfretzen fand am 19. März im kleinen Hof Wolgers Weg 17 noch ein Übungsabend statt. Den ungebundenen Mitgliedern wurde das Auseinandernehmen der Gewehre erklärt.

In den folgenden Tagen wurden die unteroffiziersführer (3. u. an anderen Orten) ergänzt. Die unteroffiziersführer waren an Stelle der in der ersten Übung geschickten Führer instruiert. Seitdem werden die Namen derselben gegenüber den einfachen Kulis verschwiegen.

Am 28. März — als die Deutschen bereits verboten waren — fand im Vanossheim eine Teiljubiläumstanz als „Gejangerein, Teudentisch“ statt. Im „Gejangerein“ wurde Propagandamaterial verteilt.

Am nächsten Tag fand im kleinen Saal des Landesheimes wieder eine Jubiläumstanz statt, wobei u. a. neue Wäntzen verteilt wurden. Sturmgewehr ist in Zukunft immer bereit zu halten. Es ganze jetzt erst recht los. Als neues Firmenbild haben sich die Faschisten den Namen

„Deutscher Herd“ zugelegt.

Wir weisen nicht daran, daß Herr Runge von den Sonntaglichen Übungen nichts weiß oder sie nachher als harmlos hinstellt. Drei Wäntzen mit 3. T. gleichmäßig uniformierter Wäntzen ist ein militärischer Umzug, der heute den Faschisten gestattet ist. Es ist ein Sturmgewehr, das die holländische Arbeiterzeitung, daß dieses Ungewehr keine Wäntzen betreiben darf. Die Arbeiterkraft muß die Wäntzen herausziehen und diesen monarchistischen Wäntzen ihre Abwehrmaßnahmen entgegenstellen. Sofort, es es zu spät ist. Die Unterdrückung der „Roten Fahne“ durch Seering zeigt der Arbeiterkraft ganz deutlich, daß die sozialdemokratischen Regierungsmänner zu feige sind, die Republik vor ihren offenen Feinden zu schützen.

Der Krieg im Westen

Unter dem „Schutz“ der Bajonette
Heschnitz erklärt die Vertreter des ADBG, die Arbeiter würden nicht unter Bajonetten arbeiten. In seinem letzten Auftr. ist der ADBG, von dem Schutz der „freien“ Arbeit. Das sind alles Nebensachen. Der ADBG läßt nicht nur unter dem „Schutz“ der deutschen Bajonette arbeiten, er ist auch bereit, den Schutz der französischen Bajonette zu akzeptieren. Seit fast drei Wochen freiten die Bergarbeiter auf der Zechen Concordia, Oberhausen, weil Franzosen die Zechen besetzt halten. Wäntz der Befehlung, das ist die Forderung der Arbeiter.

Dollar heute vormittag 21 065 Mark

beiter. In der vergangenen Woche nun forderte die Bergwerksdirektion von den Arbeitern, sie sollen den Streik liquidieren und die Arbeit wieder aufnehmen. Es müße ja nichts, man müße sich den Bergarbeitern fügen. Der gleiche Ansicht war auch der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, ein frommer ADBG-Mann. Auch er meinte, daß man trotz der drohenden Bajonette die Arbeit wieder aufnehmen sollte. Die Belegschaft stellte sich jedoch einmütig hinter den Streikrat (ein Unionist und ein ADBG-Mann), man lehnte die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Der Streik geht weiter. Nun werden die Betriebsräte von den Franzosen gefolgt, sie sollen in Ämtern gefickt werden, weil sie nicht dem Ratsschlage der Bergwerksdirektion und des Vertreters vom Bergarbeiterverband Folge leisten wollen.

Eine Delegation der Arbeiter war bei der Regierung in Berlin. Sie bekam das Versprechen, daß ihnen die Streiftage bezahlt werden. Der Stadt Oberhausen lagen 500 Millionen Mark aus Staatsmitteln überwießen worden sein.

Erfolg der kommunistischen Militärpropaganda

Wie der „Sumanist“ gemeldet wird, haben die in Frankreich nationalisierenden französischen Truppen mit der revolutionären deutschen Arbeiterkraft feindschaftliche Beziehungen angebahnt. Die in Bremen untergeordneten Wäntzen haben den Dienst verweigert. Sie haben ebenfalls feindschaftliche Beziehungen zu den deutschen Arbeitern und fingen die „Internationale“. Infolge dieser Vorkommnisse sollen die Truppen abgeleitet werden. Die etnägige Kraft, die das Vorbringen französischer Bajonette aufhalten vermag, ist die kommunistische Partei. Deshalb wird die „Rote Fahne“ von Cuno, der guten Pomaree kämpfen soll, verboten und der deutschen Arbeiterklasse sollte die schärfste Waffe in ihrem Kampf gegen Pomaree aus der Hand geflossen.

Neue Vorzüge des französischen Militarismus

Am Sonntagmorgen besetzten die Franzosen die Zechen Bonifazius der Elener Bergwerksaktiengesellschaft. Am Sonntagmorgen stellte sie ein Wäntz in den Zechen mehr auf mit der Schwärzung auf die Kaserne. Daraufhin legte die Arbeiterkraft sofort die Arbeit nieder. Es muß damit gerechnet werden, daß heute auch die Belegschaft der Grube in den Streik tritt. Auf Zechen Bergmannsgüld sind zurzeit etwa 100 bis 150 französische Arbeiter mit dem Autsaufgaben beschäftigt, haben aber bisher nur 980 Tonnen aufgeladen und bei der teilweisen Unterbreitung auf die militärische Kontrolle schon nötige Vermehrung und Verhärtung angeht, in daß das Aufleben auf Bergmannsgüld zunächst eingestellt werden mußte. Angeblich werden in diesen Tagen neue Arbeiterkräfte kommen.

Die Beilegung der Todesopfer

WTS, Essen, 7. April.
Die Beilegung der am Karzonnabend getöteten Wäntzenangehörigen der Firma Krupp findet am Dienstagvormittag 9 Uhr vom Kruppischen Hauptverwaltungsgebäude aus statt. Zum Zeitpunkt der Trauer wird die Arbeit eingestellt. Auch sämtliche Geschäfte und Bergbauunternehmen werden geschlossen gehalten. Die Wäntzen werden ihren Betrieb erst abends 8 Uhr aufnehmen. Aus Anlaß der Beilegung werden am Dienstag zum Gedenken der Trauer im ganzen Reich die Glocken läuten.



Die Ubergabe des russischen Brotgetreides in Hamburg an die Ruhrarbeiter

Die erste Sendung des Brotgetreides der russischen Arbeiter und Bauern für die notleidende Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets ist in Hamburger Hafen eingetroffen. Die Hamburger Arbeiterkraft hat die Ehrenpflicht, für die Umladung und Weiterleitung des Getreides aus dem Landwege ins Ruhrgebiet Sorge zu tragen. Unter steter Aufsicht der Hafenarbeiter und der Eisenbahner gehen die Umladearbeiten Tag und Nacht vor sich. Den Akt der Solidarität des russischen Proletariats hat das Hamburger Proletariat beantwortet mit einer

Wäntzenübergabe

Am Donnerstag, dem 5. April, im Hamburger „Gewerkschaftshaus“ stattfand.

Ein Vertreter der russischen Gewerkschaften übergab die Kornsende dem Ruhrproletariat als Ausdruck der proletarischen Solidarität, die die russischen Arbeiter und Bauern bezeugen.

Im Namen des Landesauswahls Rheinland-Westfalen der Reichsregierung übernahm der Genosse Böhm (Eisen) die Sendung des russischen Proletariats. Er dankte ihnen für ihre Befahrung der Solidarität und versprach, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets nicht ruhen werden in ihrem Kampf gegen den französischen und gegen den deutschen Kapitalismus.

Die Eisenbahner stehen durch den Genossen Holländer ihre Freunde über die Hilfsaktion bezeugen.

Den Dank der kommunistischen Partei Deutschlands an die russischen Arbeiter stante Genosse Schälmann ab.

Unter dem Gelang der „Internationale“ schloß die impotente Kundgebung. Die Hamburger Arbeiterkraft, die es übernommen hat, für die Kosten der Kornschere, der Umladung und des Transports ins Ruhrgebiet aufzukommen, sammelte am diesem Abend den Betrag von 182 745 Mark. Der erste Eisenbahnzug mit 48 Wäntzen russischen Getreides ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ins Ruhrgebiet gerollt. In jedem Wäntzen trägt ein rotes Plakat mit den Worten: „Russische Getreidebewegung für Ruhrarbeiter“. Auf: Russischer Gewerkschaftsbund, Wäntzen. Ein Arbeiter fährt als Begleiter mit. Der zweite Zug geht am Montag ab.

An alle sozialdemokratischen Kollegen!

Wir die Delegation der sozialdemokratischen Betriebsräte auf der Frankfurter Konferenz, müssen mit Bedauern feststellen, daß die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften es abgesehen hatten, sich an dieser Konferenz zu beteiligen. Aus dem Munde der Vertreter der kommunistischen Partei Frankreichs, Italiens, Belgiens, Deutschlands und des Führers der Roten Armee Kettlin, erfuhren wir erst in vollem Umfange die riesigen Gefahren für das gesamte Proletariat, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes geschaffen worden sind. Jeder ehrlich denkende Arbeiter mußte nach diesen Ausführungen in der Überzeugung kommen, daß jedes Abweichen im Kampfe gegen die Gefahren ein Verbrechen gegen das Proletariat bedeutet.

Dieje Überzeugung war für uns das Entscheidende.

Alles Trennende gegenüber den kommunistisch gemaßten Genossen stellen wir beiseite und arbeiten gemeinsam mit ihnen die Beschlüsse und Abwehrmaßnahmen aus. So unterließen wir auch vollständig den Besuch des Kongresses und den Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, in der Zeit vom 15. bis 22. April eine Demonstrationstamperade in allen Ländern zu veranstalten, die der herrschenden Klasse aller Länder zeigen sollte, daß das Proletariat doch noch einig sein kann.

Auf Grund der ungehörigen Gefahren, die uns durch die Ruhrbesetzung in Gestalt des Faschismus, Nationalsozialismus und vollständige Verelendung drohen, ergibt sich für alle ehrlich denkenden sozialdemokratischen Genossen die Pflicht, in Betrieben, Gewerkschaften und Parteiveranstaltungen dahin zu wirken,

daß gemeinsame machtvollere Aushebungen in ganzen Reich stattfinden.

Nehmt in diesen Veranlassungen Stellung zu dem Aufruf des Reichsausschusses und den Beschlüssen der Konferenz von Frankfurt. Bildet entsprechend diesem Aufruf des Reichsausschusses aus den Betrieben der Frankfurter Konferenz in den Betrieben gemeinsame Abwehrmaßnahmen. Laßt es nicht zu, daß einzelne unserer Führer Abwehrmaßnahmen leisten, die alle andere denkenden Genossen ausschließen. Denn dann befähigen wir nicht die höchsten, sondern vertiefen nur die Gegensätze zu unseren Genossen von links, und zwar zur Freude unserer kapitalistischen Gegner und ihrer Spionagemänner.

Es liegt an uns, eine machtvollere einheitliche Kampffront zu formieren. Deshalb, Parteigenossen, schließt die Einheitsfront zum Kampfe gegen den räuberischen Imperialismus, gegen die faschistischen Arbeitermörder!

Im Auftrag der sozialdemokratischen Delegation auf der Frankfurter Konferenz

Vorsitzender des Landesauschusses der Betriebsräte Rheinlands-Westfalens.

Kampf, der einzige Ausweg!

Der Verrat der Gewerkschaften an den Lebensinteressen des Proletariats

Im Reichsfinanzministerium fanden am 7. und 8. April 1923 Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter über Gehalts- und Lohnverhältnisse statt. Die sehr eingehenden Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Stützungssituation der Arbeit unter allen Umständen gefördert werden muß, weil die Erzielung von Preisstabilität und Preisabfall und damit die Befreiung des Reallohnens wertvoller ist als jede Vermehrung des nominalen Papiermarkenlohnens. In Erkenntnis dieser Tatsache wurde von einer Leuzerungsaktion in der bisherigen Richtung abgesehen. Durch Verwaltungsmaßnahmen soll bewirkt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter in Bezug auf ihre Löhne und Gehälter die gleiche rechtliche Behandlung über einen Ausgleich in besonders teuren Dingen, namentlich des Weizens, sollen mit Befriedigung fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden.

Also keine Lohn- und Gehaltssteigerungen! Die Vorkaufkraft soll fortgesetzt werden. Und in diesem unerhörten Verrat an den

Die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten und Rußland

Von Prof. A. Tsalikoff (Moskau)

Der Verfasser dieses Artikels (ein Kommunist, aber Mitglied des Zentral-Kredit-Komitees), wurde durch die Sonjeterzeugung zum Studium der Landwirtschaft in die Vereinigten Staaten entsandt. Obwohl die Schlussfolgerungen, die er aus seinen dortigen Erfahrungen zog, nicht in allem die Ansicht der offiziellen Kreise, Sowjet-Rußlands, widerspiegeln, haben seine Ausführungen in Rußland dennoch großes Interesse gefunden. Die Redaktion.

Der Weltkrieg, an dem die Amerikaner anfangs nicht teilgenommen haben, führte zu einer riesigen Ausdehnung der Weizenanbaufläche in Amerika, die im Jahre 1919 75 Millionen Acres betrug — eine unerhörte Summe in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die riesige Ausdehnung der Weizenanbaufläche erstreckte sich hauptsächlich auf die nordwestlichen Staaten: Nebraska, Dakota, Montana, ein Teil von Wyoming, Kansas und einige andere.

Die Weizenpreise sind zu jeder Zeit hoch gestiegen und die Regierung garantierte dem Farmer einen Preis von 2 Dollars für das Bushel.

In den Weizengebieten Amerikas und Canadas tauchten massenweise solche Leute auf, die früher nichts als Landwirte auf dem Lande waren, tauchten Grundbesitzer, armen, reichten Farmer ein, saufen Vieh und Inventar auf Kredit und bauten Weizen an, was ihnen große Einkünfte verbrachte. Es entstanden Städte, es wurden Häuser und Wege gebaut. Zu alledem war Kapital nötig, das wieder die Banken vorgehoben haben.

Die Jahre der Misere in den Weizengebieten und das rasche Sinken der Weizenpreise, die Ende 1922 unter die Friedenspreise gefallen sind (ungefähr 70 bis 80 Cent für das Bushel ab Oktober), entmutigten den Farmer vollkommen, er verließ jede Hoffnung auf einen Ausweg aus dieser Lage. Viele, besonders die nach diesem Gebiet neu Eingewanderten, ließen, nachdem sie sich völlig ruinieren hatten, ihre Farmen stehen und begannen ein neues Leben, entweder in den Städten oder auf anderen günstigen Gebieten.

Die Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung war nicht ohne Folgen auch für die Vertreter der freien kapitalistischen Verfassung, die auf die Banken einwirkten. Um die Farmer zurückzuführen, mußten diesen irgendein Mittel gewährt werden, womit sie die Krisenjahre durchstehen konnten. Es wurde die Frage der Gewährung von Krediten auf die Saat aus Mitteln der Föderalen Regierung aufgeworfen, und als Ergänzung zum Kredit der Provinzbanken, der sich der Farmer allzu kurzfristig war, wurden durch die Regierung bis November 1922 ungefähr 350 Millionen Dollars ausgesetzt. Der Landwirtschaftsminister legte in seinem Bericht über das Jahr 1922, daß dies die einzige Methode war, die den Farmer zurückzuführen und Bankrott und damit dieser Weizengebiete entkommen dem Bankrott nur durch dieser Operation.

Dennoch hat sich die allgemeine Lage der Landwirtschaft im Jahre

Lebensinteressen der Beamten und Staatsarbeiter willigen die Führer der freien Gewerkschaften in. Im Interesse der Stützung der Regierung C. U. n. o. und um der Bourgeoisie die Kosten für ihren Krieg und die Reparationen aus den Knochen der bürgerlichen Profitier zu ersparen, willigen die Gewerkschaftsbureaucraten ein, daß trotz gegenteiliger Leuzerung laut Reichsindus keine Erhöhung der Löhne eintreten soll. Die Reichsarbeiter sollen durch ein reformiertes System von Vorkaufkraften nicht verführt werden. Die Arbeiter und Beamten können sich niemals mit den Abmachungen einverstanden erklären. Sie müssen sie mit Entrüstung zurückweisen und den Kampf um ihre berechtigten Forderungen aufnehmen. Es handelt sich dabei um die Interessen der Gesamtarbeiterschaft, die den Staatsarbeitern und Beamten in ihrem Kampfe volle Solidarität erweisen würde.

Ein 24 hündiger Protektifiz

aus Anlaß der Beilegung der Essener Dyker (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 9. März. Die Kommunistische Partei und die Union der Hand- und Kopfarbeiter werden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterkraft des Ruhrgebietes mit der Aufforderung, am 10. April, am Tage der Beilegung der Essener Dyker, in eine 24 hündige Protestaktion zu treten. Der unangenehme Zustand der Betriebsräte (Rheinland-Westfalen) hat sich an dem Verbandstag des VGDW, dem VEGD, genannt, mit dem Reichsrat, a. e. m. i. a. m. y. und dem 24 hündigen Protektifiz aufzurufen. Sollten VGDW, VEGD und VEGD ablehnen, wird der Landesauschuss der Betriebsräte selbst zu diesem Generalstreik aufrufen.

Ausland

Auspeperung und Streit in England

London, 7. April. Reuters meldet: Die Reichsminister in der Industrie geben Anlaß zur Sorge. Durch die heute von den Arbeitgeber in England gefassten Beschlüsse werden 500 000 Arbeiter in Mittelbeschäftigung gegen. Wenn die Herabsetzung der Kriegslohn für die Arbeiter der Eisenbahnverwaltungen durchgeführt wird, muß mit dem Generalstreik der Eisenbahner gerechnet werden.

Der Dampfer „Alamora“ ist mit Arbeitswilligen besetzt, die an Stelle der Streikenden treten, nach Südafrika in See gegangen. Der Dampfer „Windor Castle“ liegt noch immer fest.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reallohn der Leipziger Metallarbeiter abgebaut!

Die Verhandlungen, die Mittwochabend in Dresden stattfanden und die Löhne der Metallarbeiter der sächsischen Bezirke außer Leipzig betrafen, haben zu einer Einigung geführt. In Dresden und Chemnitz beträgt der Lohn 1425 Mark. Den Leipziger Metallarbeitern werden die bisherigen Löhne zunächst weitergezahlt. Montag sollen in Leipzig neue Verhandlungen für diesen Bezirk stattfinden, die bis zum 1. April zu regeln haben. Die Arbeit wurde in Leipzig wieder aufgenommen.

Die Unternehmer haben einen großen Sieg zu verzeichnen. Sie haben in Leipzig so, als wollten sie die 15 Prozent Zulage streichen. Das sollte das Gegenstück der Forderung der Gewerkschaften nach einer weiteren Erhöhung um 20 Prozent sein. Ihr Plan ist gescheitert. Die Gewerkschaftsführer haben ihre Forderung nicht aufgegeben.

Die Beschäftigung der alten Höhe bedeutet in Wirklichkeit einen Abbau des realen Lohnes. Die Kosten der Lebenshaltung sind in den letzten Wochen fortwährend gestiegen. Das Staatliche Statistikamt stellt ein Steigen der Leuzerungsspitzen im März gegenüber dem Februar (März 2054, Februar 2043) fest. Das Leipziger Statistikamt verzeichnet ein Steigen der Leuzerungsspitzen im März (28. März) auf 224 364 (4. April), also allein in der letzten Woche. Den Unternehmern ist also die Kühlung des realen Lohnes gelungen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben, wie stets, auch diesmal gescheitert.

Wie wir erfahren, beabsichtigen die Leipziger Metallindustriellen

die für Montag angelegte Lohnverhandlung in Leipzig zu sabotieren. Sie erklären, nur an zentralen und nicht mehr an bezirksweisen Verhandlungen teilzunehmen. Die Gewerkschaftsführer haben nun die Aufgabe, den Streikband der Leipziger Metallarbeiter durch die Organisation ihrer Arbeiterschaft nach der Möglichkeit in dieser Frage werden die Metallarbeiter ebenso wenig dulden, wie sie sich etwa mit dem Lohnabbau abfinden werden.

Der 4. Bundestag des Internationalen Bundes der Kriegsopfer

In Ulmenau in Thüringen tagte vom 30. März bis 2. April der Internationale Bund der Kriegsopfer, Deutsche Sektion, der von 35 Delegierten besucht war. Der Geschäftsführer sagte, daß der Bund die Organisation ihrer Arbeiterschaft nach der Möglichkeit, mit dem neuen Bund zu kämpfen habe, ein guter ist. Im letzten Berichtsjahr erzielte regelmäßig monatlich eine Bundeszeitung für alle Mitglieder und ein Informationsblatt für die Funktionäre, was keine andere bestehende Zweigorganisation aufweisen kann.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat von Karl Liebknecht: „Zwei Jahre kapitalistische Sozialpolitik“. Einleitend der proletarischen Kriegsopferorganisationen und die internationalen Beziehungen. Seit unserem Magdeburger Bundestag ist der Aufbau der Kriegopfer- und der Führgänge das Kennzeichen deutscher Sozialpolitik. Gegen den Rentenzug aus den Kriegsopfer ist der Internationale Bund in vorderster Reihe. Auch die Verschmelzungsbewegungen der proletarischen Kriegsopfer- und Sozialrentnerverbände wurden durch die gemeinsame Konferenz in Erfurt erneut gefördert. Ein Essener Brief an die proletarischen Verbände bringt zum Ausdruck die Notwendigkeit häufiger Beratungen, um wirksam den Kampf führen zu können. Ueber das Schwerbeschädigtengeld referierte Goldmann (Berlin) und in einem gut angelegten Referat über Vererbzugsfragen und die neue Novelle von Liebknecht wurden die Mängel und Schäden der Gesetz- und Verordnungen, wie auch alle Möglichkeiten der Auswertung für die Rentenempfänger aufgezeigt.

Im Rahmen der Internationalen der Kriegsopfer überdrückte General Liebknecht die Grundsätze des Internationalen der französischen Sektion V.P.R.C. und von Herrn Barbusse. Dagegen mondmal mit Liebknecht und die Lösung der Probleme der Kriegsopfer diskutiert wurde, wurden die Beratungen sehr ernst geführt und die wichtigsten Beschlüsse einstimmig angenommen. Im Anschluß an die Tagung fand ein großes Meeting und ein Kommerz Kartell Liebknecht (Berlin), Charlie (Paris), Appel (Köln), Graf (Saarbrücken), Wenzel (Berlin), besprachen den gemeinsamen Kampf der Kriegsopfer mit der Arbeiterklasse, die Herstellung der internationalen Solidarität, Mitwirkung an den internationalen Aktionen im Sinne der Essener und Frankfurter Konferenz. Eine Besprechungsadresse an die französischen kämpfenden und in dem Gefängnis hängenden Brüder wurde einstimmig beschlossen und abgeleitet.

Der Ulmenauer Bundestag hat die Waffen neu geweiht. Nun geht es zu den Verhandlungen, um das alte Geld zu haben. Die Bemühungen, zu können für eine menschenwürdige Führgänge, für die Besetzung des Gesamtproletariats.

A.P.D. voran! Bei der in diesen Tagen stattgefundenen Wahl zum Betriebsrat in der Maschinenfabrik von Mend & Hamrad in Altona a. E. haben unsere Genossen auf der einheitlichen gewerkschaftlichen Liste den Sieg über die V.P.D.-Genossen davongetragen. Es entfielen auf die Kommunisten 5 Sitze, auf die V.P.D. 4 Sitze, auf die U.P.D. ein Sitz und auf die Christlich-Deutschen ebenfalls ein Sitz im Arbeiterrat.

Aus der Partei

An alle Parteiorganisationen! Betrifft Meinsetzung.

Am den Parteiparagrafen nicht anmöglich ist, zu befehlen, hat die Zentrale beschlossen, nach Vereinbarung mit der Redaktion von „Arbeit und Kampf“ einen „Beitrag zur Meinsetzung“ herauszugeben. Die Redaktion hat sich bereit erklärt, die Beiträge zu veröffentlichen. Bei den Buchhandlungen oder direkt beim Verlag: Internationales Komitee der Arbeiterklasse Berlin Unter den Linden 11, spätestens bis 10. April Bestellungen aufzugeben. Wir erziehen alle Parteigenossen, für weitestehende Verbreitung dieser reich illustrierten Meinsetzungs-Sache zu sorgen und die Bestellungen sofort aufzugeben, damit der Verlag in der Zeit vom 10. bis 15. April die Exemplare erledigen kann. Zentrale der A.P.D.

eigneten Gebiete der Vereinigten Staaten alle ausgenutzt sind, so daß sich vor dem amerikanischen Volke die Frage in ganz erheblicher Form erhebt, wie die immer zunehmende und an ein höches Lebensniveau gewonnene Bevölkerung mit Nahrungs- und Bekleidungsmitteleinrichtungen versehen werden könne. Der Ausweg aus dieser Lage besteht entweder in einer noch intensiveren Ausnutzung der benutzten Flächen oder darin, daß Amerika, ebenso wie England, von ausländischen Import abhängig gemacht werde, oder endlich durch die Ausgabe ungeheurer Summen aus dem Nationalerbe an die Schaffung großer Bevölkerung- und Trodenlegungsanlagen. Der erste und dritte Ausweg ist praktisch nur in dem Falle möglich, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hoch stehen und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten in der Landwirtschaft isoliert Arbeit und Kapital anzulegen. Diese Bedingungen sind aber nicht vorhanden.

Die Möglichkeit des zweiten Ausweges hängt von der Produktionsmenge von Weizen ab und vom Angebot billigen Getreides auf dem Weltmarkt. Und wenn die Frage der Versorgung der Vereinigten Staaten mit Getreide günstig entschieden werden kann, wird die Lage für die Amerikaner entspannt, so können die Vereinigten Staaten bei dem hohen Lebensniveau ihrer Bevölkerung den Bevölkerungswachstum in der Industrie verwenden. Die Naturbedingungen der Vereinigten Staaten gewähren ihnen die volle Möglichkeit der Veranlagung in einer Industrieform: die Seewege für die Ausfuhr nach dem Westen (nach China) und nach dem Osten (nach Rußland), dessen Markt infolge der heutigen jähren Lage der deutschen Industrie verhältnismäßig leicht erobert werden kann. In den Vereinigten Staaten ist ein billiger Transport für die Ausfuhr ihrer Industrieprodukte nach den entferntesten Märkten, die Kohle und das Naphtha im Osten und die riesige Energiemenge der Wasserfälle in den Bergen des Westens verlorfen sie mit Energie auf lange Jahre; die großen Mineralreichtümer des Landes und endlich das hohe Niveau der Technik und der Arbeitskraft in der Industrie liefern ihnen die Möglichkeit der Entwicklung ihrer Industrie bis zu einem sehr hohen Grade.

Die Naturbedingungen des Landes liefern außerordentlich günstige Voraussetzungen für die industrielle Fortschritt der Nation, und das russische Sibirien kann nach den Worten der amerikanischen Oekonomisten jene Kornmarken sein, aus der die Amerikaner in der Zukunft ihre inländischen Nahrungsmitteleinrichtungen ergänzen können, die nach ihrer Meinung in ungefähr 25 Jahren möglich für den inneren Gebrauch verwandt werden.

Und wenn alle amerikanischen Oekonomisten sich heute hauptsächlich dafür interessieren, wann Rußland wieder mit seinem Getreide auf dem Weltmarkt erscheinen wird, so interessiert diese Frage die große Mehrheit nicht aus dem Gesichtspunkte der Konkurrenz auf dem westeuropäischen Markt, sondern aus der Notwendigkeit eines dementsprechenden Umbaus der ganzen amerikanischen Landwirtschaft. Alle Oekonomisten der Vereinigten Staaten sind sich über die Möglichkeit dessen vollkommen klar, daß Rußland seinen früheren Getreidemarkt zurückerobern wird. Nur die Frage, wann Rußland es tun wird, ist es, wann und wie die amerikanischen Landwirtschaftsreformer zu Werke gehen, muß, damit das Vordringen Rußlands keine noch größere Depressionskatastrophe mit sich als die Depressions, die sich Amerika nach dem Kriege bemächtigte.

Die kommunistische Frau

Werbewoche!

Die internationale Frauenmode ist vorüber. Sie hat uns gezeigt, daß unsere Arbeit im vergangenem Jahr nicht fruchtlos geblieben ist. Am Beginn fanden eine Reihe öffentlicher Frauenversammlungen statt, die von den Genossinnen gut vorbereitet und ausgeführt waren. Überall waren die Frauen intensiv und rühmig bei der Arbeit. Sie übernahmen die Vorbereitungsarbeiten, redigierten Flugblätter, Frauenzeitschriften und die Sondernummern der „Kommunistin“. Auch die Referate in den einzelnen Versammlungen übernahmen unsere Genossinnen aus dem Bezirk. In diesen öffentlichen Versammlungen gewannen wir eine ganze Anzahl Frauen für den Eintritt in die KPD. Auch der Kreis der mit uns sympathisierenden Frauen vergrößerte sich immer mehr. Viele Frauen nun organisatorisch zu erziehen, ist unsere Aufgabe.

Dazu soll uns die Werbewoche dienen, die vom 8. bis 15. April von den kommunistischen Partei organisiert wird. Die Arbeit in der Werbewoche besteht nicht in Versammlungen großer öffentlicher Versammlungen, sondern in intensiver Kleinarbeit. Diese Kleinarbeit erfordert in der Hauptphase mündliche Propaganda und Verbreitung von Flugblättern unter den Haus- und werftätigen Frauen. Zur Durchführung dieser Kleinarbeit ist eine gute und planmäßige Vorbereitung notwendig. Es werden in allen Ortsgruppen Agitationskommissionen gebildet, die aus zwei Genossinnen bestehen, wobei eine Genossin die mündliche Verbreitung von Flugblättern und die andere die schriftliche Verbreitung der „Kommunistin“ und anderer Literatur wird die Agitation durchführen.

Genossinnen, es gilt den Kampf für die Befreiung der Frau und der ganzen unterdrückten Arbeiterklasse durchzuführen. Das Ziel ist aller Aufmerksamkeit wert und erfordert die Kraft jeder Einzelnen. Darum auf, an die Arbeit!

Bericht von der Frauenbewegung in Jorgau

Einem Bericht aus Jorgau entnehmen wir die folgenden Angaben. Genossinnen in allen Orten, nehmt Euch ein Beispiel an der Arbeit der Jorgauer Frauen!

Im Monat Februar fanden vier Frauenabende statt. In diese Frauenabende waren sehr aktiv. Sie manifestierten bei den Verhandlungen auf und erreichten durch ihr energisches Auftreten bessere Löhne. An der Wirtschafstagen traten die Frauen mit Forderungen an die Stadt heran und konnten eine Preisüberhebung der Milch für Säuglinge und schwächliche Kinder der minderbemittelten Bevölkerung um 100 Mark für den Liter durchsetzen. Zwei Frauen wurden in die Partei aufgenommen.

Im Monat März fanden fünf Frauenabende und eine öffentliche Frauenversammlung, in der die Genossin Schumann (Halle) referierte, statt. Bei einer Flugblätterverteilung von Stufe zu Stufe hellen sich sofort zehn Frauen freiwillig zur Verfügung. Die Genossin Ida Voigt hielt sechs Frauenversammlungen ab. In Delsigla waren 120 Frauen anwesend. Dort war die Bewegung sehr aktiv, wenn eine energische Leiterin am Platze war. 2000 Mark wurden für den Kampfbüchse gesammelt. Die Versammlung in Bitterfeld war ebenfalls sehr gut besucht und von revolutionärem Kampfeifer befeuert. In Kobersheim waren etwa 30 Frauen unter den anwesenden Genossinnen.

In Wratzen waren 80 bis 90 Frauen in die Versammlung gekommen. Dort gelang es, sieben Frauen der Partei zuzuführen. In Seemiedberg waren 70 bis 80 Frauen anwesend. Auch dort beteiligten sich die Frauen an der Distribution und die Referentin konnte sämtliche Broschüren, die sie mitbrachte, verkaufen. In Olden war die Versammlung ebenfalls gut besucht, etwa 200 Anwesende, davon 30 bis 40 Frauen und Mädchen. Die Referentin sprach eine Frau in der Partei organisiert, aber die Genossin vertrat, nun auch drei Frauen in die Reihen der kämpfenden Parteigenossen zu führen.

Aus Frauen-Kontrollauschüsse fand die Genossin Voigt nützende vor. Nur in Delsigla konnte zur Gründung eines Frauen-Kontrollauschusses geschritten werden. Es wurden fünf Frauen als aktive Mitglieder und fünf als Ersatz gewählt.

In Jorgau nahm der KPD eine Prüfung der Warenbeschaffung vor, die von Fröhlich eingeleitet und jetzt zu einem neuen Schritt bereit ist. Es konnte durch Unterhandlung festgestellt werden, daß das Petroleum schon seit August lagerte, wo es 10 bis 11 Mt. das Liter kostete. Dieses Petroleum wurde zur Zeit der Verteilung für 1800 Mt. verkauft. Weiter fand der KPD beim Petroleumhandel 22 Zimmer, wurden vom Monat vorher lagernd. Bei einem anderen Händler war der Schmelz für den Kaum nicht vorhanden, wo man sich über die Verteilung dieses Petroleumes beklagte. Ferner war es möglich, wieder sieben Zimmer Zucker für die minderbemittelte Bevölkerung zu beschaffen, zum Teile von 425 Mt., alle 205 Mt. billiger das Pfund als im Geschäft.

Für die aktive Beschäftigung der Frauen in der Bewegung bildet die Kollektive in allen Orten eine Schwierigkeit mit. Diese Frauen mußten sich über die Verteilung lösen lassen. In Jorgau sind die Frauen an den Wirt betrieblen und bringen täglich das Brot, Geld auf. Die Frauen zahlen jeden Abend 300 Mt. Gehalt, und

konnten in der letzten Volksversammlung, bei der Abschreibung des Vierteljahres, einen Rückstand von über 4000 Mt. konstatieren. Wo es geht wohl, wenn nur die Frauen zum Opfer gezogen werden.

Die Frauen an die Grünen

Brüder, vor Euren Gewehren
hängen in Lärmen wir sein.
Mütter mit blutigen Jähren
für ihre Kinder flehen.
Augeln habt Ihr geladen?
Augeln gebt Ihr statt Brot?
Schießt nur, Ihr tapfren Soldaten!
Weißt als Hunger ist Tod!

Schickt nur, Ihr tapfren Soldaten!
Ihr Eure Helmschiff!
Ihr könnt im Blute waten,
Wir aber waten nicht.
Nein, wir werden nicht weichen,
Schickt nur in uns hinein,
Weg über unsere Leiden
Stürmen die neuen Weich.

Weg über unsere Leiden
Schreit das hungernde Heer.
Wenn wir im Tod auch erbleichen,
Hinter uns kommen mehr
Millionen erziehlichen.
Brüder, das könnt Ihr nicht!
Aus unserer Blute wird Vieh!
Das Proletariatgericht!

Brüder, vor Euren Gewehren
steht eine neue Welt.
Ihr werdet es nicht weichen,
Dah Eure morige zerfällt.
Ihr könnt im Blute waten,
Wir Euch der Ekel erbleichen.
Schickt nur, Ihr tapfren Soldaten!
Unser Sieg ist verbürgt!

„Die Jugend von heute“

Wie oft hört man heute lange Klageklagen über unsere verrottete, ungeliebte Jugend. Auch von aufgeklärten Arbeitern hört man es oft. Alles schimpft über die Frechheit der Kinder und Jugendlichen. Alles spricht: „Wir in unserer Jugend waren anders; wenn wir unseren Geleiten so frech gekommen wären, hätten wir ein paar tüchtige Dirscheigen bekommen.“ Man könnte meinen, sie hätten sich heute noch daran. Die Erwachsenen denken nicht daran, daß die Jugend nun heute reifer ist. Die heutige Jugend hat viel mehr durchgemacht, es gibt wohl auch weniger Kinder von zehn Jahren an, welche nicht die Zeitung lesen. Der Krieg mit seinen Kriegsberichten hat sie dazu erzieht, heute ist es nicht selten der Dofarstand, welcher sie interessiert. Die Not des Krieges mit dem Ansehen nach Lebensmitteln hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die Kinder heute in allem „viel weiter“ sind. Was haben sie nicht alles mit angeht, was sie mitten zwischen der Frauen fanden. Der verführte Kampf zwischen Kapital und Arbeit, die ganzen heutigen Verhältnisse zwängen schon die Kinder dazu, politisch denken zu lernen und die Erwachsenen zu kritisieren. Für uns mußte in der Jugend das, was die Erwachsenen lernen, wahr sein. Ein Zweifel wurde nicht aufsteigt, auch fragen durfte man nicht, es hieß jetzt, wer verführt Du bist? In diese Mütter konnten ich wenig um uns kümmern, es wurde für Zeitsverweigerung angesehen, die Zeitung zu lesen. Die Schule mit ihrer religiösen und monarchistischen Erziehung trug nicht wenig dazu bei, daß die Kinder stumpf und nur darauf bedacht, für sich überal das Beste zu erheben, im Leben hineintraten. In der Jahre wurden sie so viel gelehrt, mußten sich so bücken, daß sie nur immer danach strebten, bald auszuweichen und sich an ihrem Nachfolger zu rächen. Sie rächen konnten die Jüngens — aber die Mädchen? Für diese wurde es so schlimm. Von klein auf wurde ihnen, wenn sie einmal lustig und laut waren, gesagt: das paßt sich für ein Mädchen nicht. Gingen die Kinder zur Schule, so konnten die Jungen nach der Schulzeit spielen gehen. Die Mädchen mußten die Kleineren beschützen, mühten der Mutter im Haushalt helfen, die Strümpfe, welche die Jungen zerreißen, stopfen. Das ist auch der eigentliche Grund zur politischen Unruhe der meisten Frauen. Auch die Männer können sich von der alten Ueberlieferung, daß die Frauen ihnen dienen müssen, nicht freimachen. Selbst diejenigen Männer, welche die Aufklärung der Frauen fordern, können sich nicht ganz davon befreien. Man kann es ihnen nicht überlassen, denn was ihnen jahrbüchertlang in Freisich und Blut übergegangen ist, kann nicht so schnell vertrieben werden. In uns Müttern liegt es nun, unsere Kinder gleichmäßig zu erziehen. Wenn das Mädchen mit ihr und „weibliche“ Handarbeiten nicht liebt, lagt nicht, das paßt sich für ein Mädchen nicht. Stellt es nicht als eine Schwäche dar, wenn der Junge Feigung zu häuslichen Arbeiten zeigt. Beschäftigt Eure Kinder nach Feigung und Anlage, nicht nach Art der Geschlechter. Sind sie erwachsen und

arbeiten, so verlangt nicht, daß das Mädchen nach Feierabend die Sachen des Bruders (der, von der Arbeit kommend, verlangt, daß alles für ihn bereit ist) in Ordnung bringt.

Ich meine, wir Arbeiter sollten uns nicht über die Frechheit der Jugend ärgern. Gemäß mag es für den einzelnen nicht angenehm sein, von einem Jugendlichen eine respektlose Antwort zu erhalten. Wir müssen aber auch bedenken, daß der Jugendliche nicht die Unterwürigkeit dem Unternehmer gegenüber hat. Der Knackstein, der in uns Allen steckt, der den Kampf der Arbeiterklasse hindert, ist nicht in den Jugendlichen, die freier aufwachsen, die nicht in Ehrfurcht vor den Erwachsenen ersterben. Wenn die Erwachsenen die Jugendlichen als ihre Arbeitssklaven und „Knechte“ ansehen und behandeln, werden sie bald sehen, daß die Jugendlichen ihnen in allen Kämpfen zur Seite stehen. M. Schw.

Die Zunahme der Frühgeburten

Seit beinahe einem Jahre schon beschäftigen sich die Vertreter der hohen Medizinbehörden mit den Maßnahmen, die man behördlich ergreifen kann, um eine weitere Zunahme der Frühgeburten und des daraus hervorgehende Sinkens der Geburtenziffer zu beugen. Denn es ist eine ungeliebte Tatsache, daß wir, wenn die Zunahme der Lebendgeborenen in dem Maße weiter fortschreitet, sehr bald eine „negative Bevölkerungsbilanz“ in Deutschland haben werden. Schon jetzt ist der Geburtenüberschuß so niedrig, wie noch nie zuvor. Unter den bestehenden Verhältnissen ist das nach französischem Vorbild bei uns eingeführte „Zweijährigesystem“ längst wieder abgelehnt; man ist dort dazu übergegangen, höchstens nur noch ein, meistens aber gar kein Kind mehr in die Welt zu setzen. Und die Proletariatfrauen, die den finanziellen Staat mit Arbeitskräften zu versorgen haben, können ihre Kinder nicht mehr antragen. Der Nachwuchs an billigen Arbeitern ist gefährdet, denn sobald es keine Erwerbslosen mehr gibt und ein Mangel an Arbeitskräften eintritt, steigt auch im kapitalistischen Staate die Ware „Arbeitskraft“ im Wert. Man ergreift Maßnahmen! Säuglingsheime für ein paar hundert ausgesetzte Mütter und Heugeborene, Entbindungskassen für unbesitzende Schwangerer werden errichtet. Der Staat, der die Geburtenziffer läßt es sich etwas fallen, wird einen fröhlichen, gelunden Nachwuchs für seine Ausbeuterklasse hochzupflegen. Aber alles umsonst! Solange es die Proletariatfrauen nicht möglich ist, sich gut und vernünftig während der Schwangerschaft und auch schon vorher zu ernähren, werden die Fälle von Früh-, Krüppel- und Totgeburten sich immer weiter mehren.

Das Heidentum revolutionärer Frauen

Ueber den Dresdener Maiaufstand der Revolution des Jahres 1848 schreibt Rödel:
Mehr hatte ich Gelegenheit, zu beobachten, wie leicht doch Frauen sich in die ungewohnte, löcherige Lage finden und ihre volle Geistesgegenwart bewahren, sobald ihnen darin nur Gelegenheit zu einer entsprechenden Tätigkeit wird. In den exponierten Häusern, mitten im Gefolge der Augeln, unter Kämpfern, Verwandten und Sterbenden, wirtschaftlichen Mädchen und Frauen mit einer so ruhigen Selbstenheit, als wären sie in solchen Szenen aufgewachsen. Besonders einnehmlich ist mir eine nicht mehr junge Dame, die im ersten Stockwerk eines vom Zingernuß als Leibarzt mit Kanonen beschossen Eckschafes, im Verein mit ihren Dienerinnen nicht nur höchst geschäftig Speise und Trank für die zahlreiche Besatzung ihrer Wohnung besorgte, sondern auch als Tochter oder Witwe eines spanischen Offiziers, „die schon Derartiges erlebt und das Ding versteht“, gleichsam das Kommando über die Küchenspreiter in ihrem Bereich übernahm. Sie war nicht weniger als die Küche, wo da wichen in die Zimmer, eilend die Männer anmelten, wie sie sich zu stellen haben, um mit Sicherheit spielen zu können und doch gegen feindliche Kugeln gedeckt zu sein. Wie ich früher vernahm, hat auch sie das tödliche Wief mitten in ihrer eifrigen Tätigkeit erreicht. Nur wenige Schritte von diesem Hause hatte kurz vorher ein ergreifendes Drama seinen Abschluß gefunden. Ein junges Mädchen, deren Bräutigam gleich in den ersten Tagen ihrer Heirat gefallen war, hatte geschmort, seinen Tod zu rächen. An der Auflebenszeit, mit aufgeregtem Schar, handelte sie frei auf der gefährlichen Barrikade, mit fester Hand ihr Kugel aussendend, bis sie endlich tödlich verwundet zumlenkta. Sie war nicht die einzige Heldin jener Tage. Auf dem Kommandobureau erschienen einmal drei junge Leute in Turnerkleidung und verlangten eingereiht zu werden in die Zahl der Streiter. Über sie von mehreren Anwesenden gemachten Ueberhebungen aber waren sie zu lebendiger Weier und namentlich die harte Gefahr des einen, welche der älteren, auf sie zu sein, um sie zu retten, an dem Kameraden teilte. „Das ist ein Mädchen.“ Ein anderes Mädchen hatte vom Beginn des Kampfes an auf der Barrikade gestanden und kam, kurz nach dem Abzug der Streiter von Dresden, auf das Rathaus, fliegend, daß keine Kugel sie getroffen. Eilig entfernte sie sich mit den Worten: „Mitleidlich erkeit mich nach eine Kugel; ich folgte meinen Kameraden. Lebt wohl!“ Der Wunsch wurde nicht erfüllt. Die Barteilung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe folgte ihrem Versuch, durch einen heiligen Tod ihrem Leben ein Ende zu machen.

Inn Alenpiegel und Lamm Goedzat

22) Von Charles de Colles
Und Alenpiegel wachte sich die Augen, und der Efel hub an zu lächeln:
Dann rebete er weiter:
„Wir leben lustig oder traurig mitammen, wie es der Zufall will, gebent Du daran, Jez?“ Der Efel fuhr fort zu lächeln, denn er hatte Hunger. „Und Du wirst mich nimmer vergessen können“, sagte der Herr, „denn welche Freundschaft wäre von Dauer, denn alle die über die nämlichen Frauen lacht und über die nämlichen Schmerzen weint?“ Jez, Du mußt Dich auf den Rücken legen.“
Der folgende Efel gehordete, und mit den vier Huten in der Luft erblickte ihn der Herzog. Alenpiegel setzte sich hurtig auf seinen Bauch. Der Herzog kam auf ihn zu.
„Was machst Du da?“ fragte er. „Weißt Du nicht, daß ich Dir heute das Recht der Freiheit habe gegeben und Gelehen und Strid verbot, Deinen Hausgenossen zu in meine Hände zu legen?“
Alenpiegel antwortete:
„Gnädiger Herr, habi Erbarmen mit mir!“
Dann wies er auf seinen Efel.
„Ihr wisset wohl, daß nach Gelehen und Recht der allseit frei ist, der in seinen vier Pfählen wohnt.“
Der Herzog verlegte:
„Gib aus meine Handen, aber Du sollst herben.“
„Euer Gnaden“, erwiderte Alenpiegel, „ein Gilden oder zwei würden mich schneller von dannen tragen.“
„Zugewandte“, sprach der Herzog, „ist es an Deinem Ungehorsam nicht genug? Willst Du mich auch noch um Geld bitten?“
„Ich muß wohl, Herr, da ich Euch kein nehmen kann.“
Der Herzog gab ihm, zu sein Geld.
Darauf sprach der Herr zum Efel:
„Jez, setz auf und grüße Seine Gnaden.“

Der Efel erhob sich und lächelte aufs neue. Dann sagen beide von dannen.
23) Goettin und Nete sahen an einem Fenster und blickten auf die Straße.
Goettin sagte zu Nete:
„Herzchen, nicht Du nicht meinen Sohn Alenpiegel kommen?“
„Nein“, sprach Nete, „wir werden den schlimmen Landstreicher nicht wiedersehen.“
Nete sprach Goettin: „Du mußt nicht böse auf ihn sein, sondern ihn belagern, denn er ist fern von Heule, der arme Junge.“
„Ich weiß es wohl“, sprach Nete; „er hat ein anderes Heim gar weit von hier, reicher als Iams, wo irgend eine schöne Dame ihm sicherlich Obdach gibt.“
„Das was ein groß Glück für ihn“, sagte Goettin; „vielleicht ist er dort Heimmann.“
„Warum gibt man ihm nicht Steine zu essen: dann wäre er geschwind hier, der Rimmerläufer“, sagte Nete.
Da lachte Goettin und fragte: „Woher kommt Dir dieser grobe Jovn, mein Herz?“
Aber Nete, der gar nachdenklich in einer Ede Reißbüchel lächelte, sagte:
„Siehst Du nicht, daß sie in ihn vernarrt ist?“
„Ei, leht doch die durchtriebene Dürne“, sprach Goettin, „die mit nichts davon gelagt hat. Ist es wahr, Liebchen, daß Du ihn magst?“
„Glaubet es nicht“, erwiderte Nete.
„Da wirst Du einen wackeren Ehemann haben“, sprach Nete, „mit großem Vermögen, reichem Haus und langer Jung, der die Weiden zu Hellern macht und nimmer einen Feind durch seine Arbeit verdient, der allezeit das Pfalter tritt und die Wege mit der Ede des Landstreichers mit.“
Aber Nete erwiderte, tief rot und sornig:
„Daran habi Jez nichts anderes aus ihm gemacht?“
„Da haben wir's, nun weint Jez“, sprach Goettin; „läwelig doch, Nete.“

63
Eines Tages kam Alenpiegel gen Nürnberg und gab sich allda für einen großen Arzt und Dilettant aller Krankheiten aus, demnach im Burgkreis, berühmte fürs Bewahren von Fiebern, diegeheilen als Verscheucher der Pest und unüberwindlich im Geheilen der Kräfte.
Im Spital gab es so viel Kranke, daß man nicht wußte, wo man sie unterbringen sollte. Da der Spittelmeister Alenpiegels Ansehen erfuhr, ging er zu ihm und forderte ihn aus, ob es wahr wäre, daß er alle Krankheiten heilen könnte.
„Ausgenommen die letzte“, erwiderte Alenpiegel, „aber verpfecht mir zweihundert Gilden für die Heilung aller anderen, und ich will nicht eine Heller empfangen, lo nicht alle Eure Kranken sagen, daß sie gehend sind, das Spital verlassen.“
Des folgenden Tages ging er mit seinem Brief und feierlicher Doktortracht ins Spital. In der Stube saßen sieben Kranke und jeden Kranken besonders und sprach zu ihm:
„Schwöre, keinem anzuvertrauen, was ich Dir ins Ohr sagen will. Was ist Dein Gebrechen?“
Der Kranke nannte es ihm und löwör Stein und Bein, zu schwächen.
„Wille“, sprach Alenpiegel, „daß ich einen unter Euch durch Feuer zu Pulver verbrennen muß, von diesem Pulver werde ich ein wunderbare Mittel zur machen und es allen Kranken zu trinken geben. Der, welcher nicht geben kann, wird verdammt werden. Morgen werde ich wieder kommen, mich mit dem Spittelmeister auf die Straße stellen und Euch alle herbeiführen, indem ich schreie: Wer nicht krank ist, schüre seine Bündel und komme.“
Am Morgen kam Alenpiegel und rief, wie er gelagt hatte. Alle Kranken, Wöhlen, Gültenden, Fiebernden und mit Schlimmsten Krankheiten, wollten zugleich läuten. Alle Kranken auf der Straße, selbst die, die seit zehn Jahren ihr Seil nicht verlassen hatten.
Der Spittelmeister fragte, ob sie gehend wären und gehen könnten.
„Ja“, antworteten sie in dem Glauben, daß einer von ihnen im Hofe verbrannt würde.

